

Garantiertes Grundeinkommen: Kein Ende der Irrtümer¹

Wie schwer es fällt, eine neue Idee frei von ideologischen Altlasten zu denken, zeigt sich immer wieder in den Debatten um das, was als Bürgergeld oder garantiertes Grundeinkommen bezeichnet wird. Immerhin kann man in Deutschland das garantierte Grundeinkommen - anderthalb Jahrzehnte nach der missbräuchlichen Übernahme des Bürgergeldbegriffs durch die FDP - wieder Bürgergeld nennen, ohne damit schon in den Verdacht ideologischer oder gar parteipolitischer Präferenzen zu geraten. Dennoch signalisiert die Begriffswahl noch immer ideologische Voreingenommenheiten, so etwa, wenn das Bürgergeld mit Adjektiven wie liberal, neoliberal oder solidarisch verknüpft wird, wenn also beispielsweise von solidarischem oder (neo)liberalem Bürgergeld die Rede ist. Solche Adjektiv-Bürgergeldbegriffe sind nutzlose Chimären. Es gibt kein Bürgergeld, das nicht solidarisch wäre. Es gibt auch keines, das einen Staat zu einer neoliberalen Wirtschaftspolitik verpflichten oder ihn davon abhalten würde. Eine unvoreingenommene Bürgergelddebatte hätte daher auch keinen Platz in politischen Auseinandersetzungen etwa zwischen links und rechts oder neoliberal und solidarisch, sondern sie führt über solche Debatten hinaus. Dies ist so, weil ein funktionsfähiges Bürgergeldsystem nicht durch linke oder rechte, solidarische oder neoliberale Reformen des herkömmlichen Sozialstaats entstehen würde, sondern nur durch dessen vollständige konzeptionelle Überwindung. An dieser grundlegenden Einsicht versuchen die bisherigen Debattenbeiträge um das garantierte Grundeinkommen sich noch immer vorbeizumogeln.

Es gibt daher guten Grund, hier noch einmal jene elementaren Sachverhalte zusammenzufassen, die in der schon unüberschaubaren Flut von Publikationen zum Bürgergeld bzw. garantierten Grundeinkommen immer wieder übersehen oder verschwiegen werden:

1. Das Bürgergeld macht eine Gesellschaft nicht nennenswert reicher oder ärmer, sondern es stärkt sie moralisch. Es schafft eine neue Art von Vollbeschäftigung, es befreit von den entwürdigenden Umständen staatlicher Bedürftigkeitsprüfungen, und es macht den Sozialstaat für die Bürger verständlich.
2. Ein Bürgergeld, das für sich genommen ein kulturelles Existenzminimum und damit ein Leben in Würde sicherstellen würde, ist nicht finanzierbar. Es wird auch niemals finanzierbar sein, auch nicht in den wohlhabendsten Sozialstaaten, zumindest solchen, deren Wohlstand nicht auf der zeitweiligen Plünderung natürlicher Ressourcen beruht. Alle Rechenexempel, die zu anderen Ergebnissen kommen, sind unseriös.
3. Für ein Leben auch der Ärmsten in Würde bedarf es daher zusätzlicher Einkommensquellen wie Arbeitseinkommen oder Versicherungsleistungen. Es ist

¹ S. hierzu auch die diversen Beiträge zum Bürgergeldkonzept im reformforum-neopolis (Themenbereich *Sozialstaat* bzw. *Katalog*).

Aufgabe des Sozialstaates, solche Einkommensquellen für alle Bürger verfügbar zu machen.

4. Ein Bürgergeld, das - zusammen mit anderen sozialpolitischen Instrumenten - ein Leben in Würde garantiert, ist politisch nur durchsetzbar, wo genügend spontane Solidarität herrscht. Spontane Solidarität aber lässt sich nicht politisch verordnen, sie kann nur freiwillig geübt werden. Ein funktionierendes Bürgergeldsystem könnte daher nur entstehen, wo die Bürger freier als bisher darüber entscheiden können, wer mit wem Solidarität praktiziert. Dies wäre in einem neokratischen Staatswesen der Fall, einem Staatswesen also, in dem die so genannte politische Assoziationsfreiheit herrscht.
5. Auch wenn und wo genügend spontane Solidarität herrschte, um ein generöses Bürgergeld politisch zu ermöglichen, ließe sich doch niemals der alte Sozialstaat in wenigen Jahren abschaffen und ein Bürgergeldsystem an seine Stelle setzen. Der Übergang zu einem Bürgergeldsystem könnte nur als generationenübergreifendes Projekt gelingen. Er könnte nur von den politisch aktiven Generationen zugunsten nachfolgender Generationen beschlossen werden.
6. Ein Solidarkonzept, das von den lebenden Generationen für die nachwachsenden ins Werk gesetzt wird, erfordert politische Institutionen mit einem entsprechend weiten zeitlichen Entscheidungshorizont. Solche Institutionen existieren in der herkömmlichen Demokratie nicht. Sie könnten nur in einer neuartigen politischen, nämlich neokratischen Ordnung geschaffen werden.
7. Den meisten Bürgern würden die Vorteile eines Bürgergeldsystems nur dann einleuchten, wenn dieses transparent finanziert würde. Wirklich transparent aber wäre nur eine Finanzierung des Bürgergeldes über eine gesonderte Steuer, also eine Bürgergeld- bzw. Solidarsteuer. Eine solche Solidarsteuer sollte eine Einkommensteuer mit progressivem Tarif sein.

Der Debatte um das Bürgergeld ist zu wünschen, dass sie sich dieser Sachverhalte früher oder später ohne jegliche ideologische Vorbehalte annimmt. In der vorherrschenden Form kann diese Debatte nicht mehr sein als ein intellektuelles Wortgefecht. Erst wenn mit dem Bürgergeldsystem auch eine Grunderneuerung der politischen Ordnung mitgedacht wird, könnten die lebendenden Generationen je von dem Wunsch beseelt sein, die nachfolgenden Generationen tatsächlich in einen Bürgergeldstaat hineinwachsen zu lassen.